

Wolf Schluchter

Atommüllendlagersuche und Zivilgesellschaft

Der Bericht und die Empfehlungen der Endlagersuche stellen eine Grundlage her, auf der verschiedene Szenarien entwickelt werden können. Dabei kommt der Bürgerbeteiligung eine große Bedeutung zu. Sie ist aber nur ein Vehikel zur Herstellung von Akzeptanz bei den Betroffenen potenzieller Standorte. Viel wichtiger ist dabei jedoch die Einsicht, dass ein Standort nicht nur Risiken und Nachteile mit sich bringen kann, sondern auch Chancen eröffnet. Das entscheiden jedoch die Betroffenen selbst.

Zivilgesellschaft braucht Zufallsbürger

Man kann davon ausgehen, dass sich BürgerInnen vor allem dann in Planungs- und Entscheidungsprozesse einmischen wollen, wenn sie davon betroffen sind – oder dies annehmen. Andere Einmischungen sind eher in politischen, ideologischen oder ethischen Einstellungen und Sichtweisen begründet. Einmischungen sind meistens eher temporärer Art und Dauer, vor allem wenn das Begehren mit einem kurzfristigen Zielhorizont verbunden ist.

Die Erfahrung zeigt, dass sich BürgerInnen ziemlich kompetent einmischen können, wenn die anstehenden Sachverhalte unterkomplex beschaffen sind, die Zusammenhänge leicht ersichtlich und die prozessualen Vorgänge praktisch nachvollziehbar sind.

Bei solchen Prozessen besteht das Risiko, dass sich Leute, die ausgeprägte Partikularinteressen verfolgen in die Prozedur einbringen und damit die Mitwirkung anderer Interessenten verhindern oder stören,

Es wird deshalb das Konzept der „Zufallsbürger“ diskutiert. Das Konzept hat den Vorteil, dass rein zufällige Ansichten und Haltungen zu einer bestimmten Fragestellung eingehen. Es hat den Nachteil, dass eventuell keine „Betroffenen“ gefunden werden, also Personen mitmachen, die sich die intendierte Fragestellung zuerst einmal konstruieren müssen und dabei viele Einflüsse eine Rolle spielen können. Fehlt die Betroffenheit, leidet das Verfahren an Legitimationsproblemen, denn warum sollen Betroffene akzeptieren, dass nicht-intendierte Personen Stellung zu ihren Positionen beziehen und an Entscheidungen mitwirken, von denen sie in keiner Weise betroffen sind. Andererseits können sie bei einem entsprechenden Konzeptaufbau als Drehscheibe für eine fiktionale Öffentlichkeit dienen.

Die Identifizierung und Benennung von „Zufallsbürgern“ muss Verfahren entsprechen, die einer möglichst großen Öffentlichkeit bekannt und nachverfolgbar sind. Es muss sich dabei um methodologisch-wissenschaftlich anerkannte Verfahren handeln, um Kritik aus „Fachkreisen“ weitgehend entgegen treten zu können.

Das Konzept muss in sich schlüssig und plausibel sein. Außerdem muss es ersichtlich repräsentativ sein und Personen aufgreifen, die an der Aufgabenstellung interessiert und zu einer Mitwirkung bereit sind. Es wäre ungünstig Personen auszuwählen, die nicht interessiert sind an einer Teilnahme, denn die Folge wäre, dass iterativ so lange gesucht werden müsste, bis sich eine Person zur Teilnahme bereit erklärt. Aber auch dann ist mit Zweifeln aus der Öffentlichkeit zu rechnen, ob eine solche Person die Öffentlichkeit vertreten kann.

Am besten ist eine Auslosung von Personen, die zuvor Bereitschaft und Interesse an einer Mitwirkung bekundet haben. So wird am ehesten verhindert, dass sich

„Trittbrettfahrer in das Karussell schwingen. Der „Zufallsbürger“ muss demnach folgende Kriterien erfüllen: Deutsche Staatsbürgerschaft, Interesse an der Problemlösung und Bereitschaft aktiv an der Prozessbegleitung mitzuwirken. Fachliche oder berufliche Kenntnisse sind keine Auswahlkriterien, weil es sich bei dem „Zufallsbürger“ um Personen handelt, die ihrem Erfahrungs- und Kenntnisstand, d.h. ihrem „gesunden Menschenverstand“ folgen. Man kann dies als Laienlogik apostrophieren. Dass Bürger ihre Bereitschaft bekunden setzt eine große Informationskampagne voraus. Diese kann genutzt werden, um das Problem der Atommüllendlagersuche und später der Erkundung von potenziellen Standorten in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Zunächst sollen 3 „Zufallsbürger“ für den Übergang zur konkreten Realisierung des parlamentarisch beschlossenen Konzeptes gefunden werden. Für das spätere „Gesellschaftliche Begleitgremium“ werden weitere 3 Personen identifiziert. Da es sich um eine lange Tätigkeitsdauer handeln wird, müssen weitere „Zufallsbürger“ bevorratet werden, weshalb es sich methodologisch um eine Panel-Auswahl handelt, die insgesamt etwa 30 Personen umfasst. Damit wird verhindert, dass beim Ausscheiden von aktiven „Zufallsbürgern“ ein weiteres Findungsverfahren gestartet und ein neuer Begleitprozess begonnen werden muss.

Die Öffentlichkeit muss über die Absicht informiert werden, dass jede Person mit deutscher Staatsbürgerschaft die Chance hat, an der Lösung der Endlagerfrage für Atommüll aktiv mitwirken zu können. Dieses Vorgehen ist jedem bekannt aus Glücksspielen wie Toto, Lotto etc. Jeder kann mitmachen und es entsteht ein „Universum“ aus Interessenten..

Eine Interessenbekundung muss lediglich folgende Information enthalten: Name, Adresse und Bereitschaftsbekundung. Andere Angaben entfallen, also Personen- und Privatdaten werden nicht erhoben...

Mit den eingegangenen Bereitschaftsbekundungen wird eine Schichtung vorgenommen, die den Wohnorten der Interessenten entspricht, entlang der Postleitzahlen. Es werden drei „Unteruniversen“ gebildet nach dem Kriterium nördlicher, mittlerer, südlicher Bereich. Aus jedem „Unteruniversum“ werden jeweils zehn „Zufallsinteressenten“ zufällig ausgewählt. Aus diesen 30 „Zufallsinteressenten“ wird eine iterativ gefundene Reihung erstellt.

Bei den Karlsruher Atomtagen vom 14. – 16.Juni 2016 (1) wurde über den Stand der Arbeitsergebnisse der Endlagerkommission und ihrer denkbaren Konsequenzen diskutiert. Dabei spielte auch das Thema „Gesellschaftliche Risiken der Endlagersuche“ eine Rolle, wozu ich einen Vortrag gehalten habe.

Risikobetrachtung

Seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts haben sich viele Sachverhalte verdeutlicht, die ein Gesamtbild der Problemlage bei der Endlagersuche ermöglichen. Es ist komplex und einfache Antworten auf die verschiedenen Sachverhalte gibt es nicht, da in allen diesen Fragen hohe Unsicherheiten liegen und Redundanz meistens nicht gegeben ist. Aber die Situation verlangt Lösungen. Verlangt ist je nach Auffassung die Bestmögliche oder andersherum die am wenigsten Schlechte.

Fest steht aktuell, dass rund 80% der repräsentativ befragten Bevölkerung den Atomausstieg verlangen und man kann daraus ableiten, dass sie auch logischerweise eine Endlagerung damit verbinden, d.h. eine Atommülllösung erwarten.

1919 hat Max Weber in dem Beitrag „Politik als Beruf“ den Begriff „Verantwortungsethik“ eingeführt als Gegenbegriff zur „Gesinnungsethik“. „Verantwortungsethik“ impliziert die Übernahme von Verantwortung als Motiv für Handeln. „Gesinnungsethik“ ist dagegen die Absichtserklärung, eine Vorstellung mit einer Absicht zu verbinden. Bezogen auf Verantwortung ist sie unverbindlich, eben eine Meinung. Ich führe hier diesen Gedanken ein, weil sich die Frage stellt, wer eigentlich für ein Gelingen der Endlagersuche verantwortlich ist.

Es sind alle verantwortlich, die heute leben, auch wenn sie zunächst nichts mit der Atomenergie zu tun hatten – oder sogar dagegen waren. Strom unterscheidet physikalisch nicht zwischen Atomstrom und Strom aus anderen Quellen. Wir alle haben Energie genutzt und verbraucht und nicht zuletzt ist auch davon die Wirtschafts- und Existenzentwicklung unseres Landes davon beeinflusst worden – und wir alle haben mehr oder weniger profitiert, auch wenn der Aufbau der Atomenergieversorgung eine Fehlentwicklung war.

Wir alle sind mehr oder weniger bewusst das Risiko mit der Atomenergie eingegangen, auch wenn uns am Anfang nicht so deutlich war, dass der eigentliche Einstieg in die Atomtechnologie militärisch begründet war. Atomwaffen für die Bundeswehr.

Ich habe mit einer Studentengruppe aus Heidelberg 1969 das Atomkraftwerk Obrigheim besucht und wir waren beeindruckt von der Eleganz der Innereien und dem, was uns die Betriebsleitung erzählt hat. Wir waren aber auch misstrauisch aus unserer Auffassung heraus, dass ein AKW kapitalistisch orientiert arbeitet – und wir waren gegen den Kapitalismus. Aber wir haben nachzudenken begonnen, auch über die Risiken, die ein Atomkraftwerk mit sich bringt, jenseits von den gängigen Behauptungen zur Sicherheitsgewährleistung, also der behaupteten Risikolosigkeit.

Die Risikodefinition basiert auf der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Schadensausmaß. Mithin kann ein Eintritt wenig wahrscheinlich sein, der Schaden jedoch ungeheuerlich, wie in Tschernobyl oder Fukushima ersichtlich. Dies betrifft die normative Seite der Risikodefinition. Die gesellschaftliche Seite bezieht sich auf politische Veränderungen, denn niemand weiß, in welcher Gesellschaft die zukünftigen Generationen leben werden – und wir wissen auch nicht, wie es in 20 – 30 Jahren aussehen wird, wenn ein Endlager in Betrieb gehen soll und ob es das wird.

Es gibt nach wie vor ein Kriegsrisiko und wir wissen nicht, wie sich die Entwicklung in Osteuropa bewegt.

Es gibt anthropomorphe Risiken, also von Menschen absichtlich erzeugte, wie in Nagasaki oder Hiroshima, es gibt terroristische Risiken wie bei dem Angriff auf die Twin-Towers in New York, es gibt das Risiko des Wissens- und Erfahrungsverlustes, wie es am Beispiel der Risse im Reaktordruckbehälter des neuen European Pressurized Reaktor (EPR) signifikant ist und nicht zuletzt können Sabotagerisiken identifiziert werden, die als EVI und EVA bezeichnet werden (Einwirkung von Innen, Einwirkung von Außen).

Bereitschaft und Verantwortung

Es stellt sich die Frage nach der Bereitschaft und der Übernahme von Verantwortung besonders an den potenziellen Standorten. Wir kennen die verschiedenen Ablehnungsvarianten: nimby ("not in my backyard"), individuelle Eigeninteressen, Befürchtungen für eigene nachfolgende Generationen, Wert- und Attraktionsverlust

des Eigentums, Existenz- und Gesundheitsrisiken sind nur einige davon. Niemand will der Schwarze Peter sein.

Hinter fast allen Varianten steckt das Egoismusproblem. Ich bin ein überzeugter Egoist seit ich ein Kind war. Mich trieb der Instinkt der Existenzverteidigung und –sicherung, auch wenn mir selbst diverse Ziele nicht klar waren. Ich wollte leben und meine mehr oder weniger reflektierten Ziele meiner Bedürfnisbefriedigung erreichen. Erst später ist mir bewusst geworden, dass es unterschiedliche Egoismusebenen gibt: der Kurzfrist- und der Langfristegoismus: Ich will alles haben, gleich und jetzt und unbedingt. Die Folge: Für andere bleibt wenig oder gar nichts übrig, was die Nationalökonomie als Allmende-Dilemma bezeichnet. Langfristige Egoisten berücksichtigen, dass es Verantwortung für zukünftige Zustände gibt, z.B. für nachfolgende Generationen.

Es ist ersichtlich, dass bestimmte Situationen Verantwortungsübernahmen stimulieren, z.B. bei dem Empfang der Migranten vor einiger Zeit. Allerdings gibt es Voraussetzungen für Verantwortungsübernahme. Der Sinn muss ebenso deutlich sein wie die Rezeption des gesellschaftlichen Respekts, z.B. durch Auszeichnungen, durch öffentliche Belobigung (z.B. das Bundesverdienstkreuz, das materiell wenig kostet, aber die Bedeutung und Wertschätzung für eine Person zum Ausdruck bringt) oder durch die Verfügbarkeit von Alleinstellungsmerkmalen, die das Besondere hervorheben (z.B. Spoiler am Auto) oder die Antizipation von Perspektiven für die nächste Generation („die Kinder sollen es besser haben“).

Wer Verantwortung übernimmt in der Endlagerfrage ist etwas Besonderes. Er leistet einen Dienst an der ganzen Gesellschaft. Ein gesteigertes Selbstwertgefühl ist berechtigt, hat aber auch möglicherweise zur Folge, dass daraus ein hohes Manipulationsrisiko entsteht. Wer ein hohes Selbstwertgefühl entwickelt, verliert oft den Bezug zur Realität. Beispiele finden sich hierfür im Phänomen der posttraumatischen Belastungsstörungen die aus einem Abstand zwischen Extremerlebnissen und unrealistischen Erwartungshaltungen oder Erlösungen entstehen. Es ist so wie wenn jemand betet und damit Erwartungen verfolgt, die keine Erfüllung finden. Der Ausweg ist eine Verweigerungshaltung gegenüber einer Lösung

Es stellt sich die Frage: Wie wird aus einem Schwarzen Peter ein Held?

Kompensation und Gerechtigkeit

Ein Held wird nicht geboren, sondern durch gesellschaftliche Promotion ernannt. Dazu reichen Beteiligungsverfahren jedweder Art nicht aus und man kann nicht hoffen, dass sich die zukünftigen Helden damit abspesen lassen. Bloß mit Orden oder Ehrenzeichen auf denen „Held“ steht wird es nicht getan sein. Wer etwas verliert muss etwas dafür bekommen das werthaltig ist oder so verstanden wird. Wenn die Helden also klug sind, werden sie den Preis ihres Heldentums hochschrauben. Sie werden eine hohe Kompensationsleistung erwarten.

Die Rede vom Heldentum darf nicht als schlichte Preisdrückerpropaganda daherkommen. Das bedeutet umgekehrt, dass der Gesellschaft von vorneherein klar sein muss, dass sie sich die Belastung einer Region durch dieses Endlager ungeheuer viel kosten lassen muss. Das Ganze ist schon jetzt nicht mehr nur eine Verfahrensfrage sondern eine Preisfrage und natürlich – eine Machtfrage. Der kann man auch mit Kommissionsaktivitäten und den ganzen Transparenz- und Beteiligungsstrategien nicht ausweichen. Und bei allen vorgesehenen Verfahren

sollte jeder Eindruck vermieden werden, sie seien nur dazu da, den Preis herunter zu verhandeln.

Politik und Energiekonzerne sind umgekehrt gut beraten, den Preis, den sie zu zahlen bereit sind, von vorneherein so hoch anzusetzen, dass der Ansatz potenziell gedreht wird und an den potenziellen Standorten ein Anreiz besteht, sich zu bewerben. Insgesamt muss die Gesellschaft bereit sein, den Höchstpreis an die Helden zu bezahlen – und sei es mit einer Energiewendeabgabe insbesondere auch von allen, die davon gekommen sind und denen das Endlager erspart geblieben ist.

Es ist also eine Frage des Preises, den die ganze Gesellschaft zu bezahlen bereit ist, und nicht nur eine Bürgerbeteiligung vor Ort.

Die kommunikative Aufgabe besteht darin, die ganze Gesellschaft davon zu überzeugen, dass sie den Helden einen wirklich anständigen Preis zu zahlen hat – und wenn nicht, diese das Recht und zwar jedes Recht auf Widerstand haben, ob nun kultiviert oder nicht. Die Gesellschaft muss ein Angebot unterbreiten, dessen sie sich nicht schämen muss und das die Helden nicht ablehnen können – oder sie sind keine.

Das Ganze wird ein riesiges Spektakel, in dem es krachen und scheppern wird. Die Energiewirtschaft ist erkennbar nicht bereit, den Preis zu zahlen. Also muss man sie in die Knie zwingen. Man sollte schon den ungeheuer konfliktären Hintergrund ausleuchten, wenn man über Widerstandskultur räsoniert. Womöglich wird das nicht so kultiviert – und was dann? Der erwartbare Großkonflikt kann nur durch den zu entrichtenden Sühnepreis moderiert werden. So ist das nämlich. Die Leute am Endlager büßen für die die Sünden aller, sind aber nicht Jesus. Also ist der Preis des Endlagers ein Sühnegeld. Denn in Wahrheit muss die ganze Gesellschaft jetzt schultern, was sie sich nie hätte zumuten dürfen. Wir wissen im Grunde nicht, zu welchem Preis sie das tun kann und wer ihn zahlen wird. Oder: Eigentlich wissen wir es schon und wer ihn ganz unkultiviert und von wem aufgedrückt bekommt. Eine umfassende Diskussion über Gerechtigkeit wird folgen und das unter Umständen in denen sich die Schere zwischen reich und arm immer weiter öffnet, womit Teile der Mittelschichten nicht nur ihr Wahlverhalten nach rechts verändern könnten, sondern auch zu militanteren Mitteln greifen. Vielleicht sind sie auch für das politische System nicht mehr erreichbar.

Verursacher-, Vorsorge-, Kooperationsprinzip

Es könnte jedoch auch zu einem anderen Szenario kommen. Jeder kennt das Verursacherprinzip – wer verursacht haftet. Das Vorsorgeprinzip ist ebenfalls bekannt – wer Ressourcen beschädigt oder zerstört muss kompensieren oder wird bestraft. Das Kooperationsprinzip ist dagegen weniger bewusst, wird aber immer häufiger thematisiert – Stuttgart 21 lässt grüßen.

Neben dem parlamentarischen Zugang zu Entscheidungen entstehen immer stärker asymmetrische Vorgehensweisen von Bürgern z.B. bei Antiwindkraft-Initiativen, in denen etwa originäre Naturschützer zusammen mit Atomkraftbefürwortern agieren, so geschehen vergangenen Montag bei einer CDU-Veranstaltung in Mainz.

Die hohen Kosten der Endlagerung können sich sehr schmälernd auf die Finanzierung allgemeiner staatlicher Aufgaben auswirken, sie können sich in Steuererhöhungen niederschlagen, jedenfalls aber zur weiteren Beschleunigung der Einkommensschere führen. Demnach wird eine Umbudgetierung notwendig sein und dies könnte neue Steuerungsinstrumente notwendig machen, die zu einer weiteren

Polarisierung der Gesellschaft führen. Dass sich dies friedlich abspielt ist zu hoffen, aber nicht sicher.

Langfristige Prognosen sind nicht widerspruchsfrei zu stellen. Zu sehr spielt dabei das Prinzip Hoffnung eine Rolle, wie dies bei der Diskussion über den Klimawandel zum Ausdruck kommt. Die daraus folgenden Risiken sind unkalkulierbar, weshalb voraussichtlich verschiedene Maßnahmen ergriffen werden müssen. 1977 hat Robert Jungk sein Buch „Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit“ veröffentlicht, in dem er auf die gesellschaftlichen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hinweist, die lange Zeit in den politischen Prozessen vernachlässigt wurden und die in einer Einschränkung der Bürgerrechte als notwendige Folge staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung von „Atomterrorismus“ kulminieren könnten.

Die drei genannten Prinzipien, Verursachung, Vorsorge, Kooperation haben für die Endlagersuche eine besondere Bedeutung in antagonistischen Richtungen: Werden sie strikt befolgt, kann ein Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Entwicklung eintreten. Alle sind als Verursacher verantwortlich, speziell die Atom-Energieunternehmen. Zur Vorsorge sind alle verpflichtet, denn hier gilt der Generationenvertrag. Das Kooperationsprinzip eröffnet eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungen und Entscheidungen und stärkt das parlamentarische System.

Werden die Prinzipien nicht befolgt, werden ethische Grundlagen der Gesellschaft und der Kultur gebrochen und es stellt sich dann die Frage, wie sich die Gesellschaft positionieren wird. Es ist zu befürchten, dass der Kurzfristegoismus die Ersatzregel für die bisherigen Prinzipien wird.

Kontrolle und Demokratie

In jedem Fall wird eine Verstärkung und Verschärfung von Kontrollsystemen notwendig. Dazu ist besonderes Personal notwendig, im Grunde eine besonders geprüfte und verschworene Gruppe. So war die Aufsicht über das ehemalige US-Giftgaslager im Käfertaler-Wald bei Mannheim organisiert und die Bewacher stammten alle aus der polnischen Exilarmee, die im Krieg in England existierte. Das Lager war streng zerniert, es gab eine eigene Schule und die Straßennamen waren polnisch. Nationalität, Sprache, Kultur sicherten den Zusammenhalt der Truppe. Wem gegenüber sollte eine solche verantwortlich sein? Dem Staat, dem Parlament, einer Kommune, dem Militär?

Vielleicht liegt dabei eine Chance auf der Entwicklung autopoietischer Achtsamkeit der Bevölkerung in der Standortregion. Dann muss aber auch Vorsorge getroffen werden, dass nicht selbstorganisierte Bürgerwehren entstehen.

Es muss ein neues Modell für die Mutation der Region gedacht werden. So wie die Region beschaffen ist, kann sie nicht bleiben – und sie wird es auch nicht. Wenn diese Mutation demokratisch verlaufen soll, sind mehrere Faktoren zu berücksichtigen, die ein tragfähiges Konzept entstehen lassen. Bezüglich des Atomkomplexes wird ein kow-how-Verlust eintreten, wenn nicht neue Fachkräfte ausgebildet werden. Warum sollte also am Standort nicht eine solche Ausbildungseinrichtung aufgebaut werden? Es wird Wissens- und Erinnerungsverluste geben. Weshalb sollte am Standort nicht eine Erinnerungsstelle aufgebaut und gepflegt werden? Es werden Fehler beim Bau des Endlagers eintreten. Weshalb sollte dort nicht ein Institut für Erfahrungsbearbeitung und Wissenstransfer entstehen?

Für alle Zusammenhänge könnte eine Zivilklausel festgelegt werden, die einen Missbrauch des Atommülls verhindert. Dafür sind nur demokratisch legitimierte Prozeduren geeignet. Denn wie gesagt, wir alle sind verantwortlich und zahlen. Und wer zahlt bestimmt welche Musik gespielt wird.

Heimat und Bestand

Ich komme zu einem weiteren Aspekt, einem psychosozialen. Der Heimatbegriff ist erheblich ideologisch belegt. Man kann Heimat sehr akademisch definieren als einen Zustand an einem bestimmten Ort in einer bestimmten Zeit. Die Menschen haben dort ihren Lebensmittelpunkt maximal zwischen ihrer Geburt und ihrem Tod. In dieser Zeit erleben sie etwas, machen Erfahrungen, werden sozialisiert und erwerben Wissen, das sie anwenden können. Kurz gesagt: Wenn sich ein Mensch in einem Raum entfalten kann, hat er eine Heimat.

Aus sozialpsychologischer Sicht lässt sich Heimat als Ort beschreiben, an dem es Bekanntes gibt, wo die Menschen etwas entdecken und erleben können, der über die aktuelle Zeit hinaus etwas erinnern lässt, an dem sich Gleichgesinnte zusammen finden und sich verstehen können, ein Gefühl der Verwurzelung vorhanden ist und ein asoziales, zerstörerisches Handeln anderer eher gering ist.

Heimat ist eine wichtige Basis für soziales Handeln mit dem sich der Einzelne identifizieren kann und diese Identifizierung ist die Voraussetzung für eine Akzeptanz, die einem Vorgang, einem Gegenstand, einer Situation oder Menschen entgegen gebracht wird. Die meisten dieser Faktoren werden durch die Endlagersuche und erst recht durch den Bau eines Endlagers gestört. Es müssen also situative Voraussetzungen geschaffen werden, die diese Störungen erträglich machen. Lebens- und Existenzumstände müssen durch die Betroffenen umorientierbar sein. Darin liegt ein hohes Risiko, weil ein Verlust der Heimat, wie ich sie gerade beschrieben habe, oft Deprivation, also einen Zustand von Entbehrung, des Entzugs, des Verlustes oder der Isolation von Etwas zur Folge hat. Das fördert Angst.

Ich komme auf die Antizipation der Helden zurück. Helden haben keine Angst, sie haben aber Furcht vor einer Niederlage. Logischerweise ist die Endlagersuche verbunden mit Angeboten, die Befürchtungen möglichst vermeiden helfen. Sie müssen sich an intergenerationellen Vorstellungen orientieren, unternehmerische Ansätze fördern und Gerechtigkeitsvorstellungen berücksichtigen. Dies ist Sache von Vereinbarungen und Abstimmungen der Betroffenen miteinander. Und darin liegt die Chance für ein Gelingen der Endlagersuche.

Anti-AKW-Aktivistinnen

Ich möchte noch ein weiteres Kapitel ansprechen. Mitte der 70er-Jahre entwickelte sich wegen des top-down-Vorgehens von Regierungen und Energiekonzernen Widerstand gegen Atomanlagen z.B. im Kaiserstuhl. Manche hier im Saal wissen noch, wie es damals war. Bürger wehrten sich gegen obrigkeitliche Dekrete und Entscheidungen, junge Aktivistinnen folgten eher politischen Motiven. Wir erinnern uns: Der Widerstand war erheblich und in etlichen Fällen auch sehr militant. Das Vorgehen der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung war undurchsichtig und wenig vertrauensbildend.

Wir können festhalten, dass deshalb eine breite zivilgesellschaftliche Entwicklung entstanden ist. Sie ist durchaus zu einem Risiko für die hergebrachten Politikmuster und ihrer Protagonisten geworden. Aber die Anti-AKW-Aktivistinnen sind trotz ihrer großen Verdienste für die Demokratie zu einem Bremsklotz für Kompromisse

geworden. Sie haben einen politischen Anspruch, aber keine Mandatierung. Und sie unterliegen dem Zwang der andauernden Existenzrechtfertigung, auch wegen ihrer Abhängigkeit von Spenden aus Anti-AKW-Kreisen.

Ihre asymmetrischen Vorgehensweisen und Aktivitäten sind wirksam, aber nicht kompatibel mit den politischen und ideologischen Vorgaben der politischen und unternehmerischen Institutionen in der Bundesrepublik. Die durch das Anti-AKW-Aktivistenspektrum insinuierte Ablehnungshaltung ist zwar berechtigt, bringt jedoch die Gefahr des Scheiterns der Endlagersuche mit sich. Das damit verbundene Risiko besteht in der Realisierung eines Plans B, der das Ziel der Atommüllbeseitigung erreicht, aber nicht in Deutschland. Dann sind die meisten Chancen vertan, die in demokratischen und transparenten Prozessen hätten wirken können.

Wenn Politik und Atomlobby erreicht, dass ein beträchtlicher Anteil der Öffentlichkeit das Interesse an einer Lösung verliert oder Einigkeit über den Preis für die Helden nicht erzielt werden kann oder einfach der nimby-Mentalität zustimmt, wird das vorne erwähnte Großspektakel eintreten.

Fazit

Das kann man nicht wollen. Und ein Scheitern der Endlagersuche erst recht nicht. Abschließend möchte ich allen Beteiligten, Politiker, Entscheider, Aktivisten zu bedenken geben:

Wer einmal den Swing getanzt hat, den kann man nicht zur Rückkehr in den Gleichschritt bewegen.

Quellen

- (1) Schluchter, Wolf, Wo liegen die gesellschaftlichen Risiken der Endlagersuche? Karlsruher Atomtage vom 14. – 16.7.2016, Fässer ohne Boden, Endlagersuche
- (2) Weber, Max, Politik als Beruf, in: Max Weber Gesamtausgabe Bd.17, hrsg. von Mommsen, Wolfgang J., Tübingen 1992.
- (3) Jungk, Robert, Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977
- (4) Luhmann, Niklas, Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt 1984.

Autorenverzeichnis

Siehe 1.Kursbuch Bürgerbeteiligung

Prof.Dr. Wolf Schluchter, geb. 1944 in Stuttgart, hatte von 1994 bis 2012 den Lehrstuhl für sozialwissenschaftliche Umweltfragen an der BTU Cottbus inne, zudem war er Direktor des Humanökologischen Zentrums der BTU Cottbus. Bis zu seiner Emeritierung war er Vorsitzender des Akademischen Senats der BTU. Als Projekt- und Geschäftsleiter war er für verschiedene Forschungs- und Entwicklungsprojekte verantwortlich. Als Umweltbeauftragter hatte er entscheidenden Anteil an der EMAS-Zertifizierung der BTU Cottbus (erster Hochschule Deutschlands). Nach der Emeritierung betreut Wolf Schluchter weiterhin Umweltprojekte, insbesondere solche zu Energieaspekten und Bürgerbeteiligung. Er promovierte in Heidelberg und habilitierte 1985 an der FU Berlin und ist Autor der ersten beiden deutschen Atomkrimis.